

THEMA IM LANDTAG

»Zukunft der Bildung«

SPD legt umfassendes Bildungsprogramm vor

Unter dem Titel »Zukunft der Bildung« hat der SPD-Landesvorstand ein umfassendes Konzept zur Bildungsreform vorgelegt, das von der vorschulischen Betreuung über die Hochschulen bis zur Weiterbildung alle Bildungsbereiche abdeckt. Das Programm wurde von einer Projektgruppe nach intensiven Gesprächen mit Fachleuten aus dem In- und Ausland entwickelt; die Landtagsfraktion hat sich das Papier als Grundlage für die weitere politische Arbeit zu Eigen gemacht. Das Konzept wird komplett durchfinanziert: So sollen im Jahr 2008 rund 250 Millionen Euro mit Schwerpunkt auf der frühkindlichen Bildung investiert werden. Die SPD-Vorschläge sollen nach einem Sieg bei der Landtagswahl ab 2008 stufenweise umgesetzt werden. Zuvor ist jedoch eine breite öffentliche und innerparteiliche Debatte geplant.

»Die Zeiten, in denen Bildungsreformen am Grünen Tisch entworfen und dann obrigkeitstaatlich durchgesetzt wurden, müssen vorbei sein. Denn nur Bildungseinrichtungen, mit denen sich Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Eltern und außerschulische Partner gleichermaßen identifizieren, können auf Dauer erfolgreich sein«, sagte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Wolfgang Jüttner.

Die wichtigsten Vorschläge im Überblick:

Frühkindliche Bildung

Zahlreiche wissenschaftliche Studien zeigen, dass über die späteren Bildungschancen schon im Kleinkindalter entschieden wird. Gerade in den ersten drei Lebensjahren der Kinder werden die Eltern in Deutschland von Staat und Gesellschaft jedoch allein gelassen. Es gibt weder ausreichend Krippenplätze noch gut strukturierte Beratungsangebote für die Eltern. Deshalb will die SPD die Eltern als »erste Experten« bei der Erziehung ihrer Kinder gezielt unterstützen.

In den westdeutschen Bundesländern haben nur 2,7 Prozent aller Kinder im Alter bis zu drei Jahren einen Platz in einer Kinderkrippe, in Niedersachsen sind es noch weniger. Bis zum Jahr 2013 will die SPD deshalb schrittweise den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz einführen. Vor allem im ländlichen Raum setzt sie zudem

auf den Einsatz von gut qualifizierten Tagemüttern (und -vätern), deren Einsatz von den Kommunen koordiniert werden soll.

Jedes fünfte Kind in Niedersachsen besucht keinen Kindergarten. Für finanziell schlecht gestellte Familien und solche mit Migrationshintergrund sind die Gebühren oft abschreckend. Um einen Anreiz für den aus pädagogischen Gründen unverzichtbaren Kindergarten-Besuch zu schaffen, soll das erste Jahr ab 2008 beitragsfrei sein. Angesichts der gerade in den ersten Lebensjahren rasant verlaufenden kindlichen Entwicklung ist das als erster Schritt sinnvoller als die Beitragsfreiheit für das letzte Jahr. Bis 2018 soll das Land die Kosten auch für das zweite und dritte Kindergartenjahr übernehmen.

Die SPD will nicht nur die Finanzierung der Kindertagesstätten umstellen, sondern ihnen langfristig auch eine völlig neue Struktur geben. Die Kindergärten sollen ab 2008 – beginnend in sozial problematischen Stadtteilen – Schritt für Schritt zu Einrichtungen ausgebaut werden, in denen die Eltern Unterstützung »aus einer Hand« bekommen: In zunächst 50 »Familienzentren«, die sich eng an das in Großbritannien sehr erfolgreiche Modell der »Early Excellence Centers« anlehnen, sollen beispielsweise Kinderärzte, Jugend- und Sozialämter sowie nicht-staatliche

Liebe Leserinnen und Leser,



Wolfgang Jüttner

seit dem Jahreswechsel hat die Landesregierung eine Serie von schweren Niederlagen einstecken müssen: Erst musste sie sich von einem Gericht bescheiden lassen, dass es für die Erhebung von Langzeitstudiengebühren im kommenden Semester keine Rechtsgrundlage gibt. Dann stellte sich heraus, dass die Neuregelung der Lebensarbeitszeit von Polizisten wegen einer weiteren Gesetzespanne zu Mehrkosten in Millionenhöhe führen wird. Und schließlich kassierten die Regierungsfractionen den offensichtlich verfassungswidrigen Plan des Innenministers zur Neugliederung des Landkreises Lüchow-Dannenberg. Unser Fazit: Die können's nicht.

Bei dieser Feststellung wollen wir es aber nicht bewenden lassen. Wir wollen als Opposition nicht nur die Fehler von CDU und FDP kritisieren, sondern eigene Alternativen erarbeiten. Mit der Vorlage des Bildungsprogramms haben wir einen ersten wichtigen Schritt getan. Ich freue mich auf eine engagierte Diskussion mit allen, die Interesse an einem zukunftsfähigen Bildungssystem haben.

Wolfgang Jüttner

Das Programm »Zukunft der Bildung« kann im Internet unter <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=7899&lang=de> eingesehen werden, dort gibt es auch ergänzende Informationen. Eine Broschüre mit dem Programm kann unter der E-Mail-Adresse thilo.scholz@lt.niedersachsen.de angefordert werden.

Einrichtungen wie Kunst- und Musikschulen zusammenarbeiten.

Grundschule / Primarstufe

Die Arbeit der Kindergärten und Grundschulen soll besser verzahnt werden. Grundschul-Lehrkräfte sollen auch in Kindertagesstätten und Kindergarten-Beschäftigte in Grundschulen mitarbeiten. Außerdem will die SPD den Übergang zwischen beiden Bildungseinrichtungen in Form einer »flexiblen Eingangsstufe« neu gestalten. Je nach Entwicklungsstand der Kinder soll die Einschulung im Alter zwischen fünf und sechs Jahren erfolgen, um so ein optimales Fördern und Fordern zu ermöglichen. Die neue Eingangsstufe umfasst die ersten beiden Schuljahre und kann in einem, zwei oder drei Jahren absolviert werden. Die Kinder lernen in der Eingangsstufe in gemischtaltrigen Gruppen – ein Prinzip, das sich in zahlreichen europäischen Ländern für das »Lernen lernen« bewährt hat.

»Gemeinsame Schule« – Sekundarstufe I

Die SPD will im Falle einer Regierungsübernahme keine neue Schulreform »von oben« verordnen. Nichtsdestotrotz strebt sie eine langfristig orientierte, strikt an den Bedürfnissen vor Ort ausgerichtete Wei-

terentwicklung des Schulsystems an. Beginnend im Jahr 2008 wird sie »Gemeinsame Schulen« einrichten, in denen alle Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen fünf bis zehn gemeinsam unterrichtet werden. Diese Schulen, die die starren Grenzen der Dreigliedrigkeit aufbrechen, sollen strikt auf das Prinzip des individuellen Forderns und Förderns verpflichtet werden. Die Umwandlung von bestehenden Schulen des dreigliedrigen Systems in diese Schulform neuen Typs soll aber nur dort stattfinden, wo eine Mehrheit der Eltern das wünscht.

Sekundarstufe II und Berufliche Bildung

Die Vorbereitung auf das Abitur soll nach den Vorstellungen der SPD wie bislang in Gymnasien oder in gymnasialen Oberstufen, die an eine »Gemeinsame Schule« angliedert sind, im Rahmen einer »Profil-Oberstufe« erfolgen. Schülerinnen und Schüler, die die allgemeine Hochschulreife erlangen wollen, sollen jedoch schon im letzten Schuljahr an der »Gemeinsamen Schule« individuell vorbereitet werden. Die SPD steht zu dem bildungspolitischen Ziel, die Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre zu verkürzen.

Die Berufsbildenden Schulen sollen als



Wolfgang Wulf, leitet die Projektgruppe »Zukunft der Bildung«

»regionale Kompetenzzentren« in noch engerer Kooperation mit Kammern, Arbeitgeber und Gewerkschaften gestärkt werden. Vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten insbesondere für lernschwächere Schüler sollen sie verstärkt Ausbildungsgänge mit geringerem Theorie- und höheren Praxisanteil anbieten.

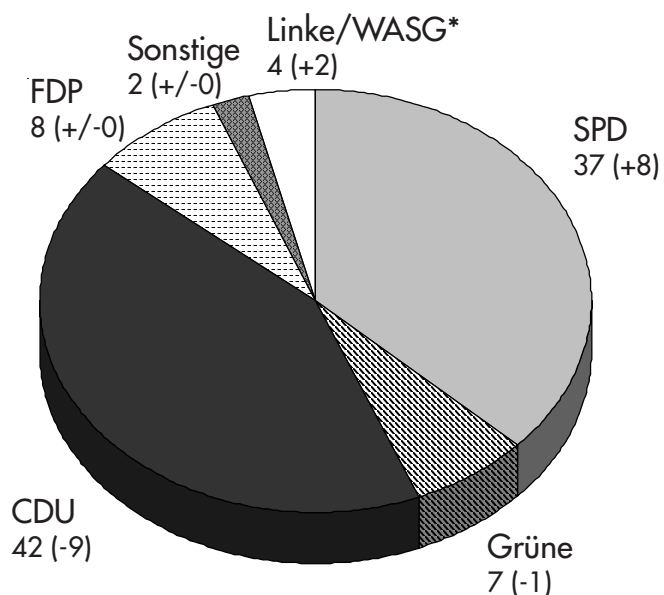
SPD in Niedersachsen holt auf – Gute Ausgangsbasis für Landtagswahl

Die SPD in Niedersachsen holt auf. Wenn heute Landtagswahl wäre, würden 37 Prozent für die Sozialdemokraten stimmen – das entspricht einer Steigerung von acht Prozent gegenüber dem Stand von Februar 2004. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des NDR-Fernsehens hervor.

Die CDU hingegen verliert im gleichen Zeitraum neun Prozent – liegt in der Wählergunst mit 42 Prozent aber immer noch deutlich vorn. Die FDP bleibt bei acht Prozent, die Grünen kommen auf sieben Prozent (-1). »Wir haben die Aufholjagd gestartet«, sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion Wolfgang Jüttner. »Aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Wir wollen wieder die stärkste Kraft in Niedersachsen werden. Und die Chancen dafür stehen gar nicht schlecht.«

Bei den zentralen Politikbereichen haben die Menschen in Niedersachsen kein Vertrauen in die Landesregierung: Mit der Finanzpolitik von CDU und FDP sind 55 Prozent der Befragten unzufrieden, mit der Schul- und Bildungspolitik 66 und mit den

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag in Niedersachsen Landtagswahl wäre?



* Vergleichswert zu PDS
Angaben in Klammern: Vgl. zu Februar 2004
Februar 2006

Angaben in Prozent
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Niedersachsen
Quelle: NDR

Anstrengungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gar 83 Prozent.

»Wir wollen nicht nur von den Fehlern der anderen profitieren, sondern zeigen, dass wir es besser können«, so Jüttner. Die SPD werde deshalb – wie gerade im Bereich Bildung erfolgreich begonnen – konkrete

Alternativen zur schwarz-gelben Politik entwickeln.

Offensichtlich überdeckt die große Medienpräsenz von Christian Wulff und sein oft geschicktes Auftreten in den Augen vieler Befragten die Defizite in den entscheidenden Politikbereichen. »Wir werden

deshalb in den nächsten Monaten die politische Auseinandersetzung verschärfen. In den vergangenen Wochen hat die Landesregierung peinliche Pannen in Serie produziert. Wir werden noch deutlicher machen, dass das nicht nur ein Problem einzelner Minister ist, sondern das des Ministerpräsidenten persönlich.«

Panne Nr. 1:

Wissenschaftsminister Stratmann scheitert an seinen Langzeitstudiengebühren

Wissenschaftsminister Lutz Stratmann kann's nicht. Das ist das Fazit der vergangenen Wochen. Dass der CDU-Politiker aus Oldenburg sich gegenüber dem Finanzminister nicht durchsetzen kann und den Hochschulen das brutalsten Kürzungsprogramm in der Geschichte Niedersachsens verordnet hat – all dies hat die Öffentlichkeit fast schon vergessen. Aber dass der Minister noch nicht einmal in der Lage ist, Gesetze so durch den Landtag zu bringen, dass Hochschulen und Studierende Rechtssicherheit haben – das war für viele dann doch eine Überraschung.

Die Vorgeschichte: Im Januar vergangenen Jahres hat das Bundesverfassungsgericht das von der rot-grünen Bundestagsmehrheit beschlossene Studiengebührenverbot gekippt. Er wolle nun als erster deutscher Wissenschaftsminister Studiengebühren in Niedersachsen einführen, erklärte Herr Stratmann schneidig, das Konzept habe er quasi schon in der Schublade. Monatelang blieb seine Schublade verschlossen. Weder die Hochschulen, mit denen er gerade über die nächste Kürzungsrunde – jetzt »Zukunftsvertrag« genannt – verhandelte, noch die Studierenden erfuhren, wie die Studiengebühren ausgestaltet werden sollten.

Doch im Oktober 2005 musste dann alles ganz schnell gehen. Ohne Anhörung der Hochschulen, ohne vernünftige Beratung in den Ausschüssen wurde ein Studiengebühren-Gesetz durch den Landtag gepeitscht. Die Bedenken der unabhängigen Landtagsjuristen gegen den engen Zeit-

plan schlug Herr Stratmann, selbst Jurist, in den Wind. Das hätte er besser nicht getan. Denn am 1. Februar entschied das Verwaltungsgericht Braunschweig unmissverständlich: Für die Erhebung der schon vor Jahren eingeführten Langzeitstudiengebühren im kommenden Sommersemester fehlt die Rechtsgrundlage. In dem Beratungschao im Winter 2005 waren die entscheidenden Paragraphen schlicht außer Kraft gesetzt worden – eine beispiellose Panne für den Wissenschaftsminister und die Regierungsfaktionen.

Während Herr Stratmann auf einer mehrtägigen Auslandsreise weilte, machte sein Ministerium alles noch schlimmer: Statt den eigenen Fehler wenigstens einzugehen, wurde die Verantwortung erst auf Unbeteiligte abgeschoben und dann das Gericht beschimpft. Das wurde dann selbst dem sonst eigentlich nicht heißblütigen Gerichtspräsidenten zu viel: In einem Brief forderte er den sichtlich über-



Dr. Gabriele Andretta,
wissenschaftspolitische Sprecherin

forderten Wissenschaftsminister auf, sich von der Justizschelte seines eigenen Ministeriums zu distanzieren. Erst nachdem sich die Justizministerin persönlich einschaltete und zwischen ihrem Parteifreund und dem Gericht vermittelte, glätteten sich die Wogen. Auch das dürfte einmalig in der deutschen Rechtsgeschichte sein: Eine Justizministerin muss dafür sorgen, dass ihr Kabinettskollege aufhört, ein unabhängiges Gericht zu beschimpfen.

Jetzt wollen CDU und FDP – wiederum ohne ausreichende Beratungszeit – mit einer Gesetzesänderung die fehlende Rechtsgrundlage für die Langzeitstudiengebühren einführen. Die Gebühren sollen erhoben werden, obwohl die Studierenden sich längst für das Sommersemester eingeschrieben haben. »Rückwirkung« nennen so etwas Juristen, und das ist eigentlich verfassungswidrig. Es kann also gut sein, dass der studierte Jurist Stratmann noch einmal von einem Gericht bescheinigt bekommt: Er kann's nicht.

Impressum

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1; 30159 Hannover

V.i.S.d.P.:

Dr. Cornelius Schley; Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion:

Tobias Dünow (E-Mail: Tobias.Duenow@Lt.Niedersachsen.de)
Thilo Scholz (E-Mail: Thilo.Scholz@Lt.Niedersachsen.de)

Layout und Satz:

Andreas Schneider (E-Mail: Andreas.Schneider@Lt.Niedersachsen.de)

Panne Nr. 2:**Lebensarbeitszeit für die Polizei**

Nicht nur eine Panne, sondern eine ganze Pannenserie zeichnet sich im Ende 2005 von CDU und FDP verabschiedeten Haushaltsbegleitgesetz ab: Nach dem Drama um die fehlende Rechtsgrundlage für Langzeitstudiengebühren im kommenden Sommersemester wurde auch bei der Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Polizei von derzeit 60 auf künftig 62 Jahre ein schwerer handwerklicher Fehler begangen.

Während die Langzeitgebühren von den Regierungsfractionen vergessen worden waren, gab es bei der Lebensarbeitszeit der Polizei eine folgenschwere Formulierungspanne. »Die Neuregelung der Lebensarbeitszeit für Polizisten könnte das Land in dieser Legislaturperiode rund 16 Millionen Euro mehr kosten als geplant«, erklärte SPD-Fraktionschef Wolfgang Jüttner. »Bis 2018 würden sich die Mehrkosten auf 174 Millionen Euro summieren, wenn alle betroffenen Beamten ihr Recht auf einen früheren Eintritt in den Ruhestand in Anspruch nehmen würden«.

Der Hintergrund der neuerlichen Panne: Die CDU/FDP-Landesregierung hatte auf ihrer Kabinettsklausur am 4./5. Juli 2005 beschlossen, die Lebensarbeitszeit für Polizistinnen und Polizisten ab 2009 stufenweise von bislang 60 auf 62 Jahre anzuheben. Nach massiven Protesten der Betroffenen beschlossen CDU und FDP auf ihrer gemeinsamen Haushaltsklausur im November vergangenen Jahres, diesen

Beschluss abzumildern. Polizeibeamte, die mindestens 25 Jahre im Wechselschichtdienst oder im kriminalpolizeilichen Ermittlungsbereich tätig waren, sollen demnach in Zukunft mit 61 Jahren in den Ruhestand gehen können. CDU und FDP strebten damit eine Ausnahmeregelung für bis zu 10 Prozent der Polizisten an. Tatsächlich aber werden die Neuregelung 90 Prozent der Betroffenen in Anspruch nehmen können.

Die Neuregelung der Lebensarbeitszeit für Polizeibeamte wurde unter erheblichem Zeitdruck über einen Änderungsantrag zum Haushaltsbegleitgesetz eingeführt. CDU, FDP und das Innenministerium gingen davon aus, dass Polizistinnen und Polizisten nur in Ausnahmefällen mehr als 25 Jahre im Wechselschicht- oder im kriminalpolizeilichen Ermittlungsbereich tätig seien. Tatsächlich trifft das aber auf die weit überwiegende Zahl der Beamten zu. Denn kriminalpolizeiliche Ermittlungsarbeit gehört zu den Aufgaben fast jedes

Polizeibeamten. »Wir freuen uns natürlich für die betroffenen Polizistinnen und Polizisten«, sagte Jüttner. »Herr Schünemann hätte sich diese peinliche und für den Steuerzahler teure Panne ersparen können, wenn er vorher jemanden gefragt hätte, der sich mit Polizeiarbeit auskennt.«

»Das ist bei weitem nicht die erste, aber bisher die mit Abstand teuerste Gesetzgebungspanne dieser Landesregierung«, kommentierte Wolfgang Jüttner. »Sie stellt selbst das fast schon legendäre Versagen des Wissenschaftsministers im Zusammenhang mit der fehlenden Rechtsgrundlage für die Langzeitstudiengebühren im kommenden Sommersemester in den Schatten.« Besonders peinlich sei die Reaktion der Landesregierung, nachdem die Polizeiarbeitszeit-Panne öffentlich bekannt geworden sei, sagte Jüttner. »Anstatt den Fehler einzuräumen und Lösungsvorschläge zu verbreiten, hat man bei Landesregierung und Regierungsfractionen zunächst versucht, alles zu leugnen«.

Panne Nr. 3:**Innenminister Schünemann knickt ein – Lüchow-Dannenberg wird nicht zur »Kreisfreien Samtgemeinde«**

Eines der Prestigeprojekte von Innenminister Schünemann ist endgültig gescheitert: CDU und FDP kassierten seinen Plan, den Landkreis Lüchow-Dannenberg in eine »Kreisfreie Samtgemeinde« umzuwandeln. Ausschlaggebend waren massive verfassungsrechtliche Bedenken gegen dieses Konstrukt.

Die Pläne waren nicht nur bei der SPD, sondern auch bei den Kommunalen Spitzenverbänden von Anfang an auf Kritik gestoßen. »Offensichtlich wollten die Regierungsfractionen ihren Innenminister vor einer weiteren Schlappe vor dem Staatsgerichtshof bewahren«, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Heiner Bartling.

Im Oktober vergangenen Jahres hatte die Landesregierung einen Gesetzentwurf ver-

abschiedet, mit dem der Landkreis neu gegliedert werden sollte. Hintergrund der Diskussion war die massive Verschuldung von Lüchow-Dannenberg, die nicht zuletzt auf die massiven Kürzungen der CDU/FDP-Landesregierung bei den Kommunen zurückzuführen ist.

»Eine Umwandlung des Landkreises in eine kreisfreie Samtgemeinde hätte keines der strukturellen Probleme in Lüchow-Dannenberg gelöst. Außerdem wären die vom

Innenminister versprochenen finanziellen Anreize für eine »Kreisfreie Samtgemeinde« zu Lasten aller anderen Städte und Gemeinden in Niedersachsen gegangen«, sagte Bartling. »Es gibt nur einen Ausweg aus der Finanzmisere der niedersächsischen Städte und Gemeinden: Die Landesregierung muss aufhören, Politik gegen die Kommunen zu machen und vor allem die Millionenkürzungen beim Kommunalen Finanzausgleich zurückzunehmen.«

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

Dienstag, 21. März ab 12:00 Uhr; Friedrich-Ebert-Stiftung im Landtag

George Orwell oder Michail Bakunin – Die Privatisierung der Sicherheit und die Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols
Nachfragen und Anmeldungen bitte richten an: FES-Büro Niedersachsen, Tel. 0511/30 66 22, E-Mail: hannover@fes.de
Leibnizsaal des Leibnizhauses, Holzmarkt 4-6, 30159 Hannover (Siehe hierzu auch Artikel auf Seite 6)

Panne Nr. 4:**Umweltminister Sander brüskiert Freund und Feind**

In seinem Privatisierungswahn bei Abfall- und Abwasserbeseitigung schlittert der Umweltminister wieder einmal von einer Panne in die nächste. Peinliche Auftritte und beleidigende Äußerungen runden das Bild eines Ministers ab, der besser keiner sein sollte.

Die Dringlichen Anfragen in der Februarsitzung des Landtages waren wieder einmal ein Beispiel für das Unvermögen des Umweltministers. Zum Thema gemacht wurde die verfehlte Abfallpolitik von Minister Sander und seine wiederholten beleidigenden Äußerungen gegen die kommunalen Abwasserentsorger.

»Der Minister hat vor wenigen Tagen den Müllnotstand in Niedersachsen ausgerufen. Schuld waren – wie immer – die anderen. Doch bei näherer Betrachtung stellte sich raus: Dem Minister war seit Juni 2004 bekannt, dass es Probleme bei der Umsetzung der rechtlichen Vorschriften geben wird,« stellt Haase fest, »Im letzten Jahr lässt Sander sich noch für die tolle und fristgerechte Umsetzung der neuen Vorschriften feiern und heute haben wir plötzlich einen Müllnotstand?«

Was ist passiert? Am 1. Juni 2005 trat eine neue Regelung in Kraft, die vorsieht, dass der Abfall nicht mehr ohne Vorbehandlung auf die Deponie darf. Die Kommunen hatten seit 2001 Zeit sich darauf einzustellen. Die einen haben auf die

Müllverbrennung gesetzt, die anderen auf die so genannte mechanische biologische Abfallbehandlung (MBA). Bei den MBA handelt es sich um eine neue Technik, die offensichtlich mit Anlaufschwierigkeiten verbunden ist. »Statt den Kommunen rechtzeitig zur Seite zu stehen und nach geeigneten Lösungen zu suchen, prangert Sander die Technik an und will die gesetzlichen Regelungen ändern«, so Haase, »Damit steht er allerdings allein – die Regierungsfaktionen verweigerten ihm die Gefolgschaft.«

In der Landtagsdebatte ging es sogar soweit, dass die Parlamentarischen Geschäftsführer von CDU und FDP die gestellten Fragen für den Minister beantworten mussten. »Eine peinliche Panne,« so Haase.

Doch damit nicht genug. Im weiteren Verlauf der Fragestunde verweigert der Minister eine Stellungnahme zu seinen Vorwürfen gegen die kommunalen Abwasserentsorger. Er verlas eine Erklärung, in der er von sich selbst in der 3. Person sprach und klarstellte, es habe sich bei



Hans-Dieter Haase,
umweltpolitischer Sprecher

den Äußerungen zu Einstellungspraxis und »Unregelmäßigkeiten« um die Darlegung lediglich subjektiver Erfahrungen aus der Wahrnehmung kommunaler Mandate gehandelt.

»Ich weiß nicht, wieviele Pannen Ministerpräsident Wulf diesem Minister noch durchgehen lassen will. Für das Parlament und das Ansehen Niedersachsen ist er jedenfalls nicht mehr tragbar!«

Wahl Datenschutzbeauftragter

Der CDU-Innenminister muss die Zuständigkeitsbeschneidung des Datenschutzbeauftragten in Niedersachsen noch einmal überdenken. Gelegenheit zum Nachdenken gibt die Weigerung der SPD, einer Neuwahl des Datenschutzbeauftragten zuzustimmen, denn für die Neuwahl benötigen CDU und FDP die Stimmen der SPD.

Artikel 62 Absatz 2 der Niedersächsischen Verfassung verlangt eine Zweidrittelmehrheit. Die Neuwahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz war notwendig geworden, nachdem der bisherige Amtsinhaber seinen Posten aus Protest gegen den Verlust der Zuständigkeit für den privaten Bereich vorzeitig aufgegeben hatte.

Innenminister Schünemann hatte dem Landesdatenschutzbeauftragten zum 1. Januar 2006 gegen den massiven Protest von Datenschützern aus ganz Deutschland die Zuständigkeit für den nichtöffentlichen Bereich entzogen. Seit Beginn des Jahres wacht der Innenminister selbst darüber, dass etwa bei den Rabattkarten großer Einzelhandelskonzerne, im Bereich des Internets oder bei der Weitergabe von Telefonnummern die Bestimmungen des Datenschutzes eingehalten werden.

Das ist nicht mit der europäischen Richtlinie zum Datenschutz

vereinbar, die EU-Kommission hat wegen der mangelnden Unabhängigkeit des Datenschutzes bereits ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet.

»Wir reichen unsere Hand nicht für eine Demontage des Datenschutzes in Niedersachsen. Wenn wir jetzt vor diesem Hintergrund einen neuen Datenschutzbeauftragten wählen, riskieren wir, dass Amt und Person durch die absehbare juristische Schlappe beschädigt werden«, verdeutlichte SPD-Fraktionschef Wolfgang Jüttner den Standpunkt der Sozialdemokraten. »Der amtierende CDU-Innenminister hat sich in der Vergangenheit zu Recht den Ruf eines geradezu manischen Datensammlers erworben. Wenn ausgerechnet Herr Schünemann den Umgang mit den Daten der Bürgerinnen und Bürger in so sensiblen Bereichen kontrolliert, wird der Bock zum Gärtner gemacht.«

Panne Nr. 5: Reaktionen auf Fitnesslandkarte schwanken zwischen Lachen, Zorn und Kopfschütteln

Die Fitnesslandkarte des Kultusministers Busemann ist derzeit in aller Munde. Durchführung und Auswertung sind allerdings wieder einmal dilettantisch. Dies ist zu bedauern, denn:

1. Ein richtiges und wichtiges Anliegen wie die Schülersportförderung wurde miserabel präsentiert.
2. Die technische Durchführung war ein Desaster. Bis heute steht die Karte nicht im Internet. – Wegen der »Fülle der Daten«, wie es offiziell aus dem Kultusministerium heißt.
3. Die Ergebnislage ist so bescheiden, dass jeder Euro für diese Nullnummer mit Fug und Recht als »rausgeschmissenes Geld« bezeichnet werden kann.

Der Entschließungsantrag »Fitnesslandkarte: immenser Aufwand, wenig Ertrag« (Drs. 15/2382) trifft deshalb den Kern. Die SPD-Fraktion fordert darin, den Erlass zurückzunehmen. Die Schulen dürfen nicht noch zwei weitere Jahre mit diesem Test belastet und belästigt werden.

Unsere Alternativen werden von vielen unterstützt, merkte der Bildungsexperte der SPD-Fraktion, Claus Peter Poppe an.

Wie wir fordert der Verband Bildung und Erziehung »zusätzliche schulische Förder- und Präventionsmöglichkeiten und die Unterstützung der Vereine bei der Ausweitung ihrer Angebote vor Ort.« Der Landessportbund tritt für die dritte Sportstunde ein. Landessportbunddirektor Reinhard Rawe wirft dem Kultusminister vor: »Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Handlungsdefizit.« Rawe spielt dabei wohl darauf an, dass die Mittel für den Vereinssport in den letzten Jahren radikal beschnitten wurden. Seit 2003 belaufen sich die Kürzungen auf unglaubliche 40%. In Zahlen heißt dies: von knapp 40 auf rund 24 Mio. Euro!

Darüber hinaus fordert die SPD-Fraktion:

- mehr ausgebildete Sportlehrer und Sportlehrerinnen für die Grundschulen,
- mehr Sportunterricht,
- eine stärkere Förderung für das Projekt »Bewegte Schule«,



Claus Peter Poppe,
SPD-Sportexperte im Kultusausschuss

- Kooperationen von Schule und Sportvereinen sowie
- die Rücknahme der Kürzungen für den Vereinssport.

George Orwell oder Michail Bakunin?

Die Privatisierung der Sicherheit und die Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols

In Deutschland nimmt die Videoüberwachung des öffentlichen Raumes zu. Die private Fahndung nach Schwarzarbeitern auf Baustellen ist inzwischen Realität geworden. Immer mehr private Citystreifen übernehmen die städtische Überwachung. Die nächste große Bewährungsprobe für Personen-, Objekt- und Werkschutzunternehmen ist die Fußballweltmeisterschaft.

Der Staat zieht sich zum Teil aus finanzieller Not, aber auch durch politische Entscheidungen aus einer seiner Kernaufgaben, dem Schutz der öffentlichen und privaten Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, zurück. So wurde z.B. in NRW in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, dass die Polizei bei ihrer Aufgabenerledigung durch Privatunternehmen unterstützt werden soll, soweit keine hoheitlichen Aufgaben betroffen sind.

Während die gesetzlichen Auflagen zur Gefahrenabwehr in Flughäfen, Häfen und beim Güterverkehr wachsen und die Anforderungen an die Sicherheit für die Mitarbeiter in kerntechnischen Anlagen und bei der Bahn und Post ständig größer werden, wird die staatliche Verantwortung immer stärker delegiert.

So stiegen die Umsätze deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen in den letzten 5 Jahren um rund 20 %, die Zahl der Beschäftigten wuchs um ca. 25 % auf 175.000 an. Seit 2002 gibt es erstmals den Ausbildungsberuf »Fachkraft für Schutz und Sicherheit«.

Wo führen diese Entwicklungen hin, wenn die Überwachung nicht mehr ausschließlich staatliche Aufgabe, sondern alltägliche, gesamtgesellschaftliche Praxis wird? Deutschland muss sich entscheiden, ob es einen starken oder einen schwachen Staat will.

Programm

Begrüßung und Einführung:

Wolfgang Jüttner, MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Vorträge:

Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt – Welche Kernaufgaben hat der Staat wahrzunehmen?

Dr. Erhard Eppler

Bundesminister a. D. und Buchautor

Die Aufgaben der Polizei – ein Markt für private Sicherheitsdienste?

Bernhard Witthaut

stellv. Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

Einführung in die Diskussion und Moderation

Renate Jürgens-Pieper

Friedrich-Ebert-Stiftung, Ministerin a. D.

Dienstag, 21. März 2006; 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr
– Leibnizsaal –

Leibnizhaus; Holzmarkt 4–6; 30159 Hannover

Nachfragen und Anmeldungen bitte richten an: FES-Büro Niedersachsen, Tel. 0511/30 66 22, E-Mail: hannover@fes.de

Es fehlt an Menschlichkeit beim Umgang mit Härtefällen

»Flüchtlingsfamilien weht in Niedersachsen derzeit ein eisiger Wind entgegen«, sagt SPD-Petitionsexpertin Heidi Merk. »Dem CDU-Innenminister geht es mehr um bürokratische Berechenbarkeit als um Menschlichkeit. Dabei vernachlässigt er die Spielräume, die das neue Zuwanderungsgesetz für ausländerrechtliche Härtefälle eröffnet hat«.

In einem offenen Brief an die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags schreibt hierzu die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen: »Vor Ort besteht in zahlreichen ehrenamtlichen Gruppen oder Initiativen sowie bei Einzelpersonen, aber auch in Kindertagesstätten, Schulen und Firmen ein großes Unverständnis darüber, dass langjährig hier lebende Flüchtlingsfamilien mit ihren Kindern Deutschland verlassen sollen.

Dabei richten sie ihr Augenmerk besonders auf die hier geborenen bzw. hier aufgewachsenen Kinder, deren Lebensmittelpunkt Deutschland geworden ist, ein Land, das sie nun verlassen sollen, um ihr Leben im Herkunftsland ihrer Eltern fortzusetzen. Letzteres kennen sie höchstens aus Erzählungen ihrer Eltern und beherrschen die Herkunftssprache überwiegend nicht.«

»Wir müssen uns vor Augen führen, dass diese Kinder nicht in ihre Heimat, sondern aus ihrer Heimat abgeschoben werden«, erklärte hierzu Heidi Merk, innerhalb der

SPD-Fraktion für die Arbeit des Petitionsausschusses zuständig. Die SPD-Abgeordnete sieht in diesem Zusammenhang erhebliche Defizite im Umgang mit Härtefällen in Niedersachsen. »Die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, dass die geltenden Regelungen immer wieder zu inhumanen Entscheidungen bei langjährig geduldeten Flüchtlingen führen. Weder der CDU-Innenminister noch die Abgeordneten von CDU und FDP im Petitionsausschuss nutzen ihren Spielraum in Härtefällen aus«, sagte Merk. »Es müssen sich zwei Dinge verändern: CDU und FDP in Niedersachsen dürfen eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge nicht länger blockieren und sie müssen die ihnen in humanitären Härtefällen eingeräumten Handlungsspielräume endlich wahrnehmen«.

Viele Härtefälle könnten sich durch eine so genannte Altfallregelung vermeiden lassen, wie sie zuletzt 1999 von den Innenministern der Länder beschlossen worden war. Die SPD-Fraktion hat bereits im Dezember 2005 mit einem Entschließungsantrag eine neue Altfallregelung



Heidrun Merk,
Sprecherin der Fraktion zu Petitionen

gefordert. »Es ist nicht nachvollziehbar, dass der CDU-Innenminister eine solche Altfallregelung kategorisch ablehnt«, sagte Merk. Sie forderte die CDU/FDP-Landesregierung auf, sich während der kommenden Innenministerkonferenz, die Anfang Mai in München stattfinden wird, für eine humanitäre Bleiberechtsregelung einzusetzen.

»Moni-Gate« an der Leine?

Kultusminister lässt Beamte für Partei arbeiten

Im niedersächsischen Kultusministerium werden Landesbeschäftigte für Parteiarbeit eingesetzt. Minister Busemann lässt sich seine Reden für CDU-Parteiveranstaltungen von Ministerialbeamten schreiben. Das geht aus Unterlagen hervor, die der SPD-Fraktion vorliegen.

»Herr Busemann scheint sich ein Vorbild an seiner ehemaligen bayerischen Amtskollegin Monika Hohlmeier zu nehmen«, sagte dazu der Vorsitzende der SPD-Fraktion Wolfgang Jüttner. Im Zuge der »Moni-Gate«-Affäre war unter anderem bekannt geworden, dass die damalige bayerische Kultusministerin Landesbeamte für Parteizwecke einspannte. Im April 2005 trat Hohlmeier von ihrem Amt zurück.

»Es ist eines der Grundprinzipien der parlamentarischen Demokratie, dass der Staatsapparat nicht für Parteizwecke instrumentalisiert werden darf«, sagte Jüttner. »Dass Herr Busemann ganz offensichtlich gegen dieses Prinzip verstößt, können wir nicht hinnehmen«. Jüttner forderte den Ministerpräsidenten auf, diesen »skandalöse Vorgang« lückenlos aufzuklären.

Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte Userinnen und User können sich auf der Internetseite www.spd-landtagsnds.de mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategien und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikeldienst, Musterpressemittelungen, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc.

Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 051 1/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTILs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.

Niedersachsen nicht zum Verliererland machen Föderalismusreform darf finanzschwache Länder nicht ruinieren

»Die Einwände von Fachpolitikern aller Parteien zu einzelnen im Zuge der Föderalismusreform geplanten Neuregelungen müssen im anstehenden Gesetzgebungsverfahren sorgfältig geprüft werden,« so Wolfgang Jüttner, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.

Jüttner begrüßte in diesem Zusammenhang die Haltung seines Vorsitzendenkollegen der SPD-Bundestagsfraktion Peter Struck, der sich offen für Änderungen im Gesetzentwurf gezeigt hat.

»Ich teile die Auffassung Peter Strucks, dass einmal erkannte Mängel mit dem Hinweis, dass neue Verhandlungen zu kompliziert seien, nicht hingenommen werden dürfen. Bei dieser Staatsreform handelt es sich schließlich um die größte Veränderung des Grundgesetzes seit 1949. Da können und dürfen wir uns keine Fehler erlauben«, betonte Jüttner weiter. »Gerade das finanzschwache Niedersachsen muss ein besonderes Interesse an einer handwerklich sauberen und inhaltlich vernünftigen Reform unseres Bundesstaates haben.«

Nachgearbeitet werden müsse besonders an drei Punkten:

1. Keine unnötige Zersplitterung der Ge-

setzgebungskompetenzen: Es gefährdet Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit, wenn zum Beispiel für Unternehmen im Umweltrecht bundesweit 16 unterschiedliche Genehmigungsverfahren gelten. Ähnliches gilt für den Bildungsbereich, aus dem sich der Bund fast vollständig zurückziehen soll.

2. Wenn schon Wettbewerbsföderalismus, dann aber auch mit einer fairen Chance für jedes Land, in diesem Wettbewerb zu bestehen. Falsch ist deshalb der Reformvorschlag im Hochschulbau, der für Niedersachsen ein Minus von 105 Millionen Euro bedeuten würde.

3. Die bundesweit einheitlichen Standards im Justizvollzug und bei der Beamtensoldung müssen erhalten bleiben. Gerade das finanziell schwächere Niedersachsen kann sich einen teuren und unsinnigen Besoldungswetlauf nicht leisten.



Mit der Föderalismusreform sollen die Zuständigkeiten von Bund und Ländern neu geordnet werden. Die Länder geben Zustimmungsrechte im Bundesrat ab, erhalten aber dafür mehr Kompetenzen. Bundestag und Bundesrat werden sich voraussichtlich am 10. März mit dem Reformwerk befassen.

Nachbericht von der Veranstaltung: »Föderalismusreform – Folgen für die Hochschulen«

Bei seinem »Freundschaftsspiel« skizzierte Thomas Oppermann (MdB und Wissenschaftsminister a.D.) die geplanten Auswirkungen der Föderalismusreform auf den Hochschulbereich.

Deutliche Kritik übte er an dem geplanten Verteilungsschlüssel, der nicht nur Niedersachsen um jährlich 7,1 Millionen Euro bei den Finanzmitteln für den Hochschulbau benachteiligt, sondern zukünftig bei der Verteilung von Forschungsgeldern/-Projekten weiter ins Hintertreffen gegenüber den »Südländern« bringt. Diese Gelder sind aber für einen positiven Strukturwandel von Nöten.

Thomas Oppermann machte deutlich, dass er sein politische Gewicht in die Waagschale werfen wird, um eine weitere Benachteiligung zu verhindern. Gelingen kann dies aber nur, wenn die für Niedersachsen fatale Ignoranz der Landesregierung in diesem Punkt aufhört.



Gabriele Andretta (MdL) und Thomas Oppermann (MdB)

Neuregelung des Nachbarschaftsrechts ist praxisfern

Nur in wenigen Lebenslagen berührt das Recht den Einzelnen so unmittelbar wie in der Nachbarschaft. Auf keinem anderen Rechtsgebiet finden so viele Streitigkeiten statt wie im Nachbarrecht. Niedersachsen ist eines der Bundesländer, die ein eigenes Nachbarrechtsgesetz haben, in dem die Dinge geregelt wurden, die im alltäglichen Miteinander von Nachbarn von zentraler Bedeutung sind: Nachbarwände, Grenzwände, Einfriedungen und insbesondere Grenzabstände für Bäume und Sträucher.

Im Sinne des Friedens zwischen Nachbarn, aber natürlich auch im Interesse der Einzelfallgerechtigkeit wurden im Niedersächsischen Nachbarrechtsgesetz ganz konkrete Grenzabstände festgelegt. Diese Grenzabstände sind häufig Ursache für erbitterte Streitigkeiten zwischen Nachbarn.

Im Interesse des Rechtsfriedens gab es bislang eine fünfjährige Ausschlussfrist: Hatte sich ein Nachbar fünf Jahre lang nicht auf die Einhaltung des Grenzabstandes berufen, konnte er nach Ablauf der Frist nicht mehr das Zurückschneiden verlangen – es sei denn, er konnte eine konkrete Beeinträchtigung nachweisen. Dazu der SPD-Rechtsexperte Klaus Schneck: »Diese Fünfjahresfrist ist hinreichend lang, um betroffenen Nachbarn ausreichend Gelegenheit zu geben, um von der Anpflanzung oder der Überschreitung der zulässigen Wuchshöhe Kenntnis zu nehmen. Es ist dann genug Zeit, eine Einigung unter Nachbarn zu suchen oder,

sollte eine Einigung nicht zustande kommen, den Rechtsweg zu beschreiten.

Selbst wenn die fünfjährige Ausschlussfrist versäumt wurde, hat der Nachbar nach höchstrichterlicher Rechtsprechung einen Anspruch auf Zurückschneiden der Anpflanzung, allerdings nur in Ausnahmefällen und zwar dann, wenn sich ein solcher Anspruch aus dem nachbarrechtlichen Rücksichtnahmegebot herleiten lässt. Ich halte diese Regelung für ausgesprochen sachgerecht«. Künftig besteht auch nach Ablauf der Fünfjahresfrist ein regelmäßiger Zurückschneideanspruch.

Die kommunalen Spitzenverbände hatten CDU und FDP vor der Neuregelung gewarnt: In ihrer Stellungnahme heißt es, dass die Neuregelung völlig an der Praxis vorbeigeht und geeignet ist »den Rechtsfrieden zwischen Nachbarn nachhaltig zu stören«. Insbesondere bei höheren Bäumen sei es praktisch nicht machbar und jedenfalls wirtschaftlich nicht



Klaus Schneck,
SPD-Rechtsexperte

tragbar, möglicherweise jährlich einen Rückschnitt zu veranlassen. Ein Nachbar kann künftig zu einem beliebigen Zeitpunkt, etwa aus Anlass einer Streitigkeit in einer ganz anderen Sache, den teuren Rückschnitt erzwingen. Es ist zudem zu befürchten, dass gerade auch auf die Kommunen als Grundstückseigentümer erhebliche zusätzliche Kosten zukommen werden.«

Karmann, Conti, VW: Was tut die Landesregierung, um Arbeitsplätze am Automobilstandort Niedersachsen zu sichern?

Kaum ein Tag in Deutschland vergeht, an dem nicht irgendein Unternehmen den Abbau von industriellen und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ankündigt.

Waren es früher eher Unternehmen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten, so sind es heute zunehmend Unternehmen, die hervorragende Ergebnisse einfahren, Rekordgewinne erwirtschaften und gleichzeitig Arbeitsplätze streichen während die Börse jubelt – das ist der eigentliche Skandal in dieser Zeit!

Conti und Herr Wennemer wurden zum Synonym für eine unverantwortliche Unternehmenspolitik, die im Landtag über alle Fraktionen hinweg missbilligt wurde. Die angedrohte Schließung bereits in diesem Jahre konnte zwar verhindert werden, aber bis Ende 2007 wird die Produktion von Pkw-Reifen in Stöcken auslaufen und 320 Arbeitsplätze gehen verloren.

Die niedersächsische Automobilzulieferindustrie steht bereits seit Jahren unter erheblichen Kosten- und Verlagerungsdruck. Nun hat dieser Druck auch die Automobilhersteller selbst erreicht. Bis zu 1.000 Jobs sind bei Karmann in Osnabrück nach Auslauf der Kurzarbeitsperiode zum 30.06.2006 akut gefährdet.

Bei Volkswagen stehen bis zu 20.000 Jobs auf dem Prüfstand. Während Ministerpräsident Wulff der Belegschaft bei Karmann bereits auf einer Betriebsversammlung seine Unterstützung signalisierte, was die SPD-Fraktion ausdrücklich begrüßt, fiel die Stellungnahme zum geplanten Jobabbau bei VW eher verhalten aus. Da hieß es in einer Pressemitteilung der



Günter Lenz,
wirtschaftspolitischer Sprecher

Staatskanzlei: »Nur fitte Unternehmen können dauerhafte Arbeitsplätze sichern und schaffen. Vorstand und Betriebsrat sind aufgefordert, Wege zu vereinbaren, diese zu erreichen.«

Die Beschäftigten bei VW erwarten aber, dass die Landesregierung an ihrer Seite steht, wenn es darum geht, Arbeitsplätze an den niedersächsischen VW-Standorten zu erhalten und dass der Ministerpräsident denen im Vorstand auf die Finger haut, denen als Lösung nur die Schließung von Betriebsteilen einfällt. Keine Beschäftigungsgesellschaft und kein Kombilohn können die Arbeitsplätze auffangen, die

am Automobilstandort Niedersachsen derzeit wegzubrechen drohen. Wir erwarten von Wirtschaftsminister Hirsche endlich eine aktive Rolle! Wir wollen eine Industriepolitik, die die Ressourcen in Niedersachsen bündelt. Eine Politik, die die Zulieferindustrie und die Automobilhersteller zusammenführt, eine Politik, die Innovation und neue Technologie vorantreibt, indem Unternehmen und Wissenschaft noch stärker verzahnt werden.

Kostensenkungen sind wichtig und notwendig; einen Wettbewerb mit osteuropäischen Standorten um die niedrigsten Löhne können wir aber nicht gewinnen. Ei-

nen Wettbewerb um das umweltfreundlichste und innovativste Automobil auf der Welt sehr wohl; das können wir von den Japanern lernen. Die Landesinitiative Brennstoffzelle, die von der damaligen SPD-Landesregierung ins Leben gerufen wurde, ist ein guter Ansatz hierfür.

Wir brauchen daher wieder eine aktive Industriepolitik der Landesregierung um sicherzustellen, dass die innovativsten und umweltfreundlichsten Autos auch künftig aus Niedersachsen kommen, damit möglichst viele Arbeitsplätze bei den Automobilherstellern und -zulieferern erhalten werden können.

Männer für eine aktive Vaterschaft gewinnen

Wenn wir von der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf reden, sind in der Regel die Frauen gemeint. Es stimmt, dass viele Männer sich nicht genug um den Nachwuchs kümmern und die Erziehung immer noch überwiegend Frauensache ist.

Aber was ist mit der immer größer werdenden Anzahl von Männern, die in unserer Gesellschaft ganz bewusst eine aktive Vaterrolle einnehmen oder einnehmen wollen? Diese Männer treffen auf eine Gesellschaft in der die Akzeptanz weder unter den Kollegen noch unter den Vorgesetzten vorhanden ist. Die faktische Alternative heißt für Väter noch viel öfter als für Frauen »Arbeitsplatz oder Kindererziehung«.

Mehr als die Hälfte aller Väter in Schweden nehmen Erziehungsurlaub – in Deutschland nicht einmal 5 Prozent. In Norwegen sind mindestens 4 Wochen des Elternurlaubs für den Vater reserviert, in Schweden sogar mindestens 60 Tage. In Dänemark beträgt die Elternzeit 52 Wochen, davon kann die Mutter vor der Geburt 4 Wochen beanspruchen, der Vater in Verbindung mit der Geburt 14 Tage – bei voller Lohnfortzahlung.

Diese Beispiele aus den skandinavischen Ländern zeigen: Wenn es um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht, wollen und dürfen die Väter nicht mehr außen vor sein.

Die SPD-Fraktion hat deshalb einen Antrag in den Landtag eingebracht, um Männer auch in Niedersachsen stärker für

eine aktive Vaterschaft zu gewinnen. Die Landesregierung wird darin u. a. aufgefordert, die Pläne der Bundesregierung zur Einführung eines Elterngeldes ab 2007 zu unterstützen. Dies gilt insbesondere für die Regelung, wonach von den insgesamt vorgesehenen 12 Monaten mindestens jeweils 2 Monate vom Vater und von der Mutter wahrgenommen werden müssen.

Dazu Uwe Schwarz, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und selbst leidenschaftlicher Vater: »Bislang kaum bemerkt verändert sich das Selbstverständnis vieler Väter. Alte Rollen sind in Bewegung geraten. Immer mehr Männer, die sich für Familie entscheiden, wollen nicht mehr nur das Geld nach Hause bringen und ansonsten Zaungast in der Erziehung sein.«

»Diese Entwicklung hat die Landesregierung bislang ignoriert«, so Schwarz weiter.

Unter dem Projekt »Bündnisse für Familie und Beruf« werden nur Frauen unterstützt. Väter bleiben außen vor. Der zunehmende Wunsch vieler Väter nach mehr Familienorientierung wird so nicht berücksichtigt.

Greifbare Männer sind darüber hinaus



Uwe Schwarz,
sozialpolitischer Sprecher

wichtig für die Identitätsbildung der Kinder.

»Unsere Initiative soll insofern auch helfen, den Anteil der Männer in erzieherischen Berufen zu steigern«, erklärte Schwarz. Bislang sind weniger als 5 Prozent der Angestellten in Kindertagesstätten in Niedersachsen Männer, an den Grundschulen des Landes ist nur jede 10. Lehrkraft ein Mann. Schwarz schlägt deshalb vor: »Eine Kampagne, um Männer verstärkt für Ausbildungen in erzieherischen Berufen zu motivieren, ist das Mindeste, was die Landesregierung tun kann, um hier zu Fortschritten zu kommen.«

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

16. oder 17. März 2006; Anhörung zur Härtefallkommission. Nachfragen und Anmeldungen bitte richten an: Christiane Kelly, Tel. 0511/30 30-40 14, E-Mail: Christiane.Kelly@LT.niedersachsen.de
Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Strafvollzug in Bundeshand belassen

Vor dreißig Jahren wurde das bundeseinheitliche Strafvollzugsgesetz nach jahrzehntelanger Diskussion mit den Stimmen aller Parteien verabschiedet. Diesem Gesetz von 1976 ist es zu verdanken, dass der deutsche Strafvollzug international ein hohes Ansehen genießt und über die Grenzen Europas hinaus als rechtsstaatliches Vorbild gilt.

Im Zuge der Neuordnung der föderalen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland soll die Gesetzgebungszuständigkeit für den Strafvollzug auf die Länder übergehen. Hiergegen wendet sich die SPD-Fraktion im Landtag mit einem Entschließungsantrag, der den Titel: »Die Gesetzgebungskompetenz für den Justizvollzug auf Bundesebene belassen!« trägt.

»Wir müssen die Länder dort stärken, wo es Sinn macht«, sagte SPD-Vollzugsexpertin Elke Müller. »Dies ist beim Justizvollzug nicht der Fall«. Bei einer Übertragung der Zuständigkeit auf die Länder bestünde die Gefahr, dass die Länder künftig den hoch sensiblen Bereich nach Kassenlage, nach Stimmungslage an den Stammtischen oder nach wahltaktischen Überlegungen organisieren würden. »In Niedersachsen wäre der Justizvollzug akut gefährdet«, sagte Müller. »Die CDU-Justizministerin ist bislang mit ihren Initiativen, das Recht auf Einzelunterbringung abzu-

schaffen und den Resozialisierungsauftrag des Strafvollzuges aufzuweichen, an der Bundesebene gescheitert«, sagte Müller.

Die niedersächsische CDU ist jedoch mit dieser Auffassung vollständig isoliert. Dagegen haben sich alle maßgeblichen Stimmen für die Beibehaltung der derzeitigen Zuständigkeitsverteilung im Strafvollzug ausgesprochen: Der Deutsche Richterbund, einhundert Strafrechtsprofessorinnen und Strafrechtsprofessoren, die Bundesrechtsanwaltskammer, der Deutsche Anwaltsverein, die Deutsche Bewährungshilfe, der Bund der Justizvollzugsbediensteten, die Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe und die Bundesvereinigung der Anstaltsleiter haben sich eindrucksvoll gegen eine Übertragung auf die Bundesländer ausgesprochen. Selbst die niedersächsischen Anstaltsleiter, die die Situation im Vollzug wohl am besten beurteilen können, haben



Elke Müller,
Justizvollzugsexpertin der SPD-Fraktion

sich mit überwältigender Mehrheit dafür ausgesprochen, dass das Gesetz in Bundeskompetenz bleibt. »Es gibt gute fachliche Gründe, die gegen eine Kleinstaatelei im Justizvollzug sprechen. CDU und FDP sind daher dringend aufgefordert, ihre bisherige Beratungsresistenz aufzugeben«, sagte Müller.

Biomassenutzung für die Energieversorgung in Niedersachsen birgt auch riesige Chancen für die Kommunen

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), die ständig steigenden Energiepreise und die Reform der Landwirtschaftspolitik sind die Ursachen für den boomartigen Ausbau von Biomassekraftwerken und der Biokraftstoffproduktion. Niedersachsen als Agrarland Nr. 1 verfügt über ganz besonders gute Voraussetzungen für die Nutzung der Bioenergie.

In einem Antrag der SPD-Landtagsfraktion (Drs. 15/2610) fordern wir die Landesregierung auf, die bisher ungenutzten Potenziale von Biogas insbesondere für Kommunen besser zu auszuschöpfen. Gleichzeitig sollen für auftretende Probleme praktikable Lösungen gefunden werden.

»Es nutzt niemandem, wenn der Landwirtschaftsminister so tut, als wüsste sich jeder Bürger und jede Kommune eine eigene Biogasanlage im Vorgarten«, stellt Klaus Fleeer, Mitglied des Agrarausschusses fest, »Wir müssen gemeinsam mit den Menschen, den Vertretern der Kommunen und den Betreibern von Biogasanlagen zu

intelligenten und umfassenden Nutzungskonzepten kommen und Vorbehalte ausräumen.«

Die Möglichkeiten der Biogasanlagen sind heute nur zu einem Bruchteil genutzt. Mit Hilfe von Wärmenetzen könnten kommunale Einrichtungen wie Schwimmbäder oder Schulen kostengünstig beheizt werden. Die direkte Einspeisung von Biogas in das Erdgasnetz macht riesige Fortschritte.

»Für die Kommunen eröffnen sich sehr interessante Perspektiven, wenn es um die Nutzung kostengünstiger Energien in öffentlichen Gebäuden geht. Eine intensive



Klaus Fleeer,
Experte für Biogas der SPD-Fraktion

Prüfung der eignen Möglichkeiten lohnt sich«, so Fleeer.

SPD gegen Militarisierung der inneren Sicherheit Kein Bundeswehreinsatz bei der Fußball-WM

»Die Welt zu Gast bei Freunden«, so lautet das Motto der bevorstehenden Fußball-Weltmeisterschaft. Vor dem Hintergrund dieses Mottos wirkt es nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion geradezu grotesk, dass sich der CDU-Ministerpräsident und sein CDU-Innenminister für einen Einsatz der Bundeswehr bei dieser sportlichen Großveranstaltung stark machen.

»Ich habe den Eindruck, dass es den Herren Wulff und Schünemann mehr um das Produzieren von Schlagzeilen als um die Gewährleistung der inneren Sicherheit geht«, sagte SPD-Innenexperte Heiner Bartling. »Über den niedersächsischen Innenminister erzählt man sich schon seit längerem, dass kein Vorschlag abwegig genug sein kann, um nicht zumindest von ihm vertreten zu werden«.

»Es geht nicht an, dass die CDU/FDP-Landesregierung ihre Unterstützung für die Vorbereitung auf die Fußball-Weltmeisterschaft auf die Forderung nach einem Bundeswehreinsatz im Innern reduziert und sich ansonsten aus der Verantwortung stiehlt«, sagte Bartling. »Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist Aufgabe der Polizei. Angesichts der Erfahrungen bei der Bewältigung bisheriger Großveranstaltungen, wie etwa der EXPO 2000, gibt es keinerlei Anlass, an der Kompetenz der Polizei in dieser Angelegenheit zu zweifeln und sich für eine Militarisierung der inneren Sicherheit stark zu machen«, so Bartling weiter.

»Es gibt keinen Grund, die bestehende Trennung von Polizei und Bundeswehr aufzuweichen. Die Bundeswehr gewährleistet äußere Sicherheit, die Polizei ist für die Sicherheit im Inneren zuständig. Die Bundeswehr ist für polizeiliche Aufgaben weder ausgebildet noch ausgerüstet. Moderne Polizeiarbeit erfordert eine hohe spezialisierte Ausbildung: Die Arbeit von Fachhochschulabsolventen kann nicht ohne weiteres durch den Einsatz von anderen Berufsgruppen oder etwa von Wehrpflichtigen ersetzt werden.

Nach den bestehenden gesetzlichen Instrumentarien ist es der Polizei möglich, zur Erfüllung ihrer Sicherheitsaufgaben zusätzlich auf die Hilfe der Bundeswehr zurückzugreifen. Gemäß Art. 35 Abs. 2 und 3 Grundgesetz können Streitkräfte bereits zur Hilfe bei einem besonders schweren Unglücksfall oder bei einer Na-

turkatastrophe eingesetzt werden. Eine Änderung des Grundgesetzes ist daher unnötig«. Sehr gespannt ist Bartling auf das Abstimmverhalten der FDP, denn die Bundestags-FDP hat sich nachdrücklich gegen einen Einsatz der Bundeswehr im Innern ausgesprochen.



Heiner Bartling,
innenpolitischer Sprecher

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

13./14. März

Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion in Oldenburg

Freitag, 17. März ab 16:00 Uhr

Tagung der schulpolitischen SprecherInnen der kommunalen SPD-Fraktionen zum Thema: Vorstellung und Diskussion des Konzeptes »Zukunft der Bildung«

Nachfragen bitte richten an: Corelius Schley, Tel. 0511/30 30-40 36, E-Mail: Cornelius.Schley@LT.niedersachsen.de
Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Das Konzept kann im Internet unter <http://www.spd-landtags-nds.de/web/content.jsp?nodel=7897&lang=de> heruntergeladen werden.

22. bis 24. März; Landtagsplenum

Montag, 27. März ab ca. 10:30 Uhr

Anhörung zur Situation der Altenpflege

Nachfragen und Anmeldungen bitte richten an:

Renate Mölbitz, Tel. 0511/30 30-40 08,

E-Mail: Renate.Moelbitz@LT.niedersachsen.de

Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Mittwoch, 29. März von 18:30 bis 21:00 Uhr

Kolpinghaus, Kolpingstr. 6, 49716 Meppen, Tel. 05931/ 3377
Erneuerbare Energien aus Biogas – Fluch oder Segen?

Veranstaltung der SPD-Landtagsfraktion

Angesichts steigender Preise für Öl und Gas wird die Umstellung auf alternative Energieträger auch für Kommunen immer interessanter. Der Markt für Biogasanlagen boomt durch die Vergütung aus dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz, aber die Akzeptanz in der Bevölkerung, in den Kommunalparlamenten und in den -verwaltungen wird beeinträchtigt durch fehlende Informationen.

Die Biogastechnologie hat sich in den letzten Jahren rasant entwickelt. Gerade für den ländlichen Raum bietet diese Entwicklung eine große Chance, neue Arbeitsplätze und alternative Einnahmequellen für die Landwirtschaft zu erschließen. Kommunen stehen immer häufiger vor der Frage selbst in diesen Markt einzusteigen und neue Wege bei der dezentralen Energieversorgung zu gehen.

Es gibt viele offene Fragen und auch Bedenken. Wir möchten Ihnen Antworten geben und laden Sie recht herzlich zu unserer Veranstaltung mit Experten und Praktikern ein.

Nachfragen und Anmeldungen bitte richten an:

Claudia Trapp, Tel. 0511/30 30-40 21,

E-Mail: Claudia.Trapp@LT.niedersachsen.de